



Schriftliche Anfrage

der Abgeordneten **Stefan Löw, Roland Magerl AfD**
vom 21.12.2022

Stau durch Klimakleber – Behinderung von Rettungskräften

Die Staatsregierung wird gefragt:

- 1.1 Wie viele Blockaden von Fahrwegen und Straßen gab es durch Gruppen wie „Letzte Generation“ oder „Extinction Rebellion“ mit Klima-/Umweltschutzbezug in Bayern (bitte von 2021 bis heute mit Standort, Dauer der Blockadeaktion und verantwortlicher Gruppierung aufzählen)? 3
- 1.2 Wie viele der unter 1.1 genannten Blockaden wurden als Versammlung angezeigt? 3
- 1.3 Bei welchen der unter 1.2 genannten Blockaden wurde wegen Unterbleibens einer Anzeige als Versammlung ein Ordnungswidrigkeitsverfahren eingeleitet? 3
- 2.1 Wie oft standen Rettungsfahrzeuge in Staus, die durch die o. g. Blockaden entstanden sind (bitte von 2021 bis heute mit Standort, Alarmierungsgrund, Dauer des Stillstands im Stau und verantwortlicher Gruppierung aufzählen)? 3
- 2.2 Wie viele der unter 2.1 genannten Rettungsfahrzeuge hatten bereits Patienten zur Behandlung an Bord? 3
- 3.1 Wie viele Ermittlungsverfahren wegen eines möglichen Verstoßes gegen § 315b Strafgesetzbuch (StGB) (Gefährlicher Eingriff in den Straßenverkehr) wurden im Zusammenhang mit den Blockadeaktionen bisher eingeleitet? 3
- 3.2 Welche Ergebnisse bzw. Urteile gab es in Bezug auf die Frage 3.1? 3
- 3.3 Falls es bisher zu keinen Anklagen gemäß § 315b StGB gekommen ist, was sind die Gründe dafür? 3
- 4.1 Wie dokumentieren bayerische Feuerwehren und andere Rettungskräfte Vorfälle, bei denen Rettungsfahrzeuge in Staus geraten? 4
- 4.2 Wie werden derartige Informationen an die zuständige Staatsanwaltschaft zu Ermittlungszwecken übermittelt, um den Nachweis für eine Kausalität und konkrete Gefährdung im Einzelfall zu ermöglichen? 4

5.1	Erkennt die Staatsregierung gesetzgeberischen Handlungsbedarf für eine Anpassung des StGB für Nötigungen im Straßenverkehr, insbesondere auf Autobahnabschnitten, angesichts des neuen Phänomens der „Klimakleber“?	5
5.2	Wenn nein, warum nicht?	5
5.3	Wenn ja, welche Maßnahmen hierzu sind geplant?	5
	Hinweise des Landtagsamts	6

Antwort

des Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Justiz hinsichtlich der Fragen 3.1 bis 3.3, 4.2 und 5.1 bis 5.3

vom 25.01.2023

- 1.1 **Wie viele Blockaden von Fahrwegen und Straßen gab es durch Gruppen wie „Letzte Generation“ oder „Extinction Rebellion“ mit Klima-/Umweltschutzbezug in Bayern (bitte von 2021 bis heute mit Standort, Dauer der Blockadeaktion und verantwortlicher Gruppierung aufzählen)?**
- 1.2 **Wie viele der unter 1.1 genannten Blockaden wurden als Versammlung angezeigt?**
- 1.3 **Bei welchen der unter 1.2 genannten Blockaden wurde wegen Unterbleibens einer Anzeige als Versammlung ein Ordnungswidrigkeitsverfahren eingeleitet?**
- 2.1 **Wie oft standen Rettungsfahrzeuge in Staus, die durch die o.g. Blockaden entstanden sind (bitte von 2021 bis heute mit Standort, Alarmierungsgrund, Dauer des Stillstands im Stau und verantwortlicher Gruppierung aufzählen)?**
- 2.2 **Wie viele der unter 2.1 genannten Rettungsfahrzeuge hatten bereits Patienten zur Behandlung an Bord?**
- 3.1 **Wie viele Ermittlungsverfahren wegen eines möglichen Verstoßes gegen § 315b Strafgesetzbuch (StGB) (Gefährlicher Eingriff in den Straßenverkehr) wurden im Zusammenhang mit den Blockadeaktionen bisher eingeleitet?**
- 3.2 **Welche Ergebnisse bzw. Urteile gab es in Bezug auf die Frage 3.1?**
- 3.3 **Falls es bisher zu keinen Anklagen gemäß § 315b StGB gekommen ist, was sind die Gründe dafür?**

Die Fragen 1.1 bis 3.3 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Eine statistisch automatisierte Erfassung im Sinne der Fragestellungen erfolgt bei der Bayerischen Polizei und im Bereich der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr nicht. Auch sind weder in der Strafverfolgungsstatistik noch in den Geschäftsstatistiken bei den Staatsanwaltschaften explizite, valide Rechercheparameter vorhanden, die eine automatisierte statistische Auswertung im Sinne der Fragestellung ermöglichen würden.

Zum Stichtag 07.11.2022 erfolgte eine Sonderabfrage betreffend Ermittlungsverfahren aller Art wegen Straftaten, die im Zusammenhang mit Klimaaktivismus seit Anfang 2021 verübt wurden. Die Abfrage erbrachte neben diversen v. a. wegen des Tatvorwurfs der Nötigung geführten Ermittlungsverfahren u. a. auch ein Ermittlungsverfahren, das auch wegen des Tatvorwurfs des Gefährlichen Eingriffs in den Straßenverkehr nach § 315b StGB geführt wurde. In diesem Verfahren wurde Anklage wegen Nötigung, gemeinschädlicher Sachbeschädigung und gefährlichen Eingriffs in den Straßenverkehr gemäß §§ 240, 304, 315b StGB erhoben. Ein Urteil ist noch nicht ergangen, die Hauptverhandlung steht unmittelbar bevor.

Allgemeinhin ist überdies festzustellen, dass die überwiegende Anzahl der klimaaktivistischen Blockadeaktionen aufgrund ihrer Ausrichtung auf die Teilhabe an der öffentlichen Meinungsbildung als öffentliche Versammlungen unter freiem Himmel zu werten und bis zur Auflösung derselben nach dem Bayerischen Versammlungsgesetz (BayVersG) zu behandeln sind.

Für die Sonderumfrage musste eine umfangreiche manuelle (Einzel-)Auswertung von Akten und Datenbeständen bei sämtlichen bayerischen Staatsanwaltschaften erfolgen. Aufgrund des erheblichen zeitlichen und personellen Aufwands kann auch unter Berücksichtigung der Bedeutung des sich aus Art. 13 Abs. 2, 16a Abs. 1 und 2 Satz 1 Verfassung des Freistaates Bayern (BV) ergebenden parlamentarischen Fragerechts der Abgeordneten des Landtags derzeit noch keine Aktualisierung der Sonderabfrage erfolgen. Gleiches gilt für die Datenbestände der Bayerischen Polizei.

4.1 Wie dokumentieren bayerische Feuerwehren und andere Rettungskräfte Vorfälle, bei denen Rettungsfahrzeuge in Staus geraten?

Das Gebiet des Freistaates Bayern ist in 25 Rettungsdienstbereiche eingeteilt. Für jeden Rettungsdienstbereich stellt ein Zweckverband für Rettungsdienst und Feuerwehralarmierung (ZRF) den öffentlichen Rettungsdienst sicher. Die ZRF beauftragen Durchführende des Rettungsdienstes mit bodengebundenen Leistungen der Notfallrettung und des Krankentransports. Ob und wie die jeweiligen Durchführenden Vorfälle dokumentieren, bei denen Krankenkraftwagen in Staus geraten, ist dem Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration (StMI) nicht bekannt.

Auch für die über 7 500 Feuerwehren als gemeindliche Einrichtungen der 2 056 bayerischen Städte und Gemeinden liegen dem StMI keine Erkenntnisse vor.

4.2 Wie werden derartige Informationen an die zuständige Staatsanwaltschaft zu Ermittlungszwecken übermittelt, um den Nachweis für eine Kausalität und konkrete Gefährdung im Einzelfall zu ermöglichen?

Soweit für den Tatnachweis im konkreten Einzelfall erforderlich, werden derartige Informationen durch die Polizei bei betroffenen Rettungskräften erhoben und an die zuständige Staatsanwaltschaft weitergegeben.

5.1 Erkennt die Staatsregierung gesetzgeberischen Handlungsbedarf für eine Anpassung des StGB für Nötigungen im Straßenverkehr, insbesondere auf Autobahnabschnitten, angesichts des neuen Phänomens der „Klimakleber“?

5.2 Wenn nein, warum nicht?

5.3 Wenn ja, welche Maßnahmen hierzu sind geplant?

Die Fragen 5.1 bis 5.3 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Ein Handlungsbedarf für eine Anpassung des StGB für Nötigungen im Straßenverkehr ist bislang nicht zutage getreten. Das geltende Recht gibt den Gerichten die Möglichkeit, die Einzelfälle tat- und schuldangemessen zu ahnden.

Hinweise des Landtagsamts

Zitate werden weder inhaltlich noch formal überprüft. Die korrekte Zitierweise liegt in der Verantwortung der Fragestellerin bzw. des Fragestellers sowie der Staatsregierung.

—————

Zur Vereinfachung der Lesbarkeit können Internetadressen verkürzt dargestellt sein. Die vollständige Internetadresse ist als Hyperlink hinterlegt und in der digitalen Version des Dokuments direkt aufrufbar. Zusätzlich ist diese als Fußnote vollständig dargestellt.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de/parlament/dokumente abrufbar.

Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de/aktuelles/sitzungen zur Verfügung.